

Danke, AStA!

AStA streicht Fachschaften Geld

Mitte Mai hat es der AStA endlich geschafft, einen Haushaltsplan für das schon am 1. April begonnene Haushaltsjahr vorzulegen. Darin dürfen sich zwar das Autonome Lesben- und Schwulenreferat und das Autonome Behindertenreferat über leicht höhere Ansätze (2000 bzw. 1000 Mark mehr) freuen, gleichzeitig werden aber die Gelder des Autonomen AusländerInnenreferats und des Autonomen Frauen- und Lesbenreferats um jeweils 5000 Mark gekürzt.

Besonders hart trifft es im Haushaltsplan die Fachschaften. Zwar sind die Finanzzuweisungen an die einzelnen Fakultätsvertretungen satzungsmäßig festgelegt, die Gelder der Uniweiten Fachschaftenkonferenz (Uni-FSK) jedoch sind vom Wohlwollen der AStA-Mehrheit im StudentInnenparlament abhängig. Ohne jegliche Rücksprache wurden die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Arbeitsausschusses der Uni-FSK mit der Streichung von 14000 Mark mehr als halbiert. Damit hat der AStA, der auch von der sich als »FachschafterInnenliste« bezeichnenden LUST gestützt wird, wieder einmal gezeigt, was er vom basisdemokratischen Fachschaftenprinzip hält.

Offensichtlich ist dem AStA die kritische Arbeit von FachschafterInnen ein Dorn im Auge. Deutlich wurde das beispielsweise in der Auseinandersetzung um die Stellenstreichungen im Rahmen des so genannten Qualitätspaktes. Der AStA und ihm nahe stehende FakultätsvertreterInnen von WiSo-, Jura- und Mathematisch-Naturwissenschaftlicher Fakultät versuchten bis zuletzt, lieber die Stellenstreichungspläne mit Vorschlägen für einen »konstruktiven« Stellenabbau zu bereichern, als die Rotstiftaktionen des Bildungsministerium abzulehnen. Ein uniweiter Arbeitskreis, unterstützt von der Uni-FSK, organisierte im Gegensatz zum AStA Proteste gegen den Besuch des Expertenrats – und prompt kürzt der AStA der Uni-FSK das Geld.

Schon lange nutzt der von Unabhängigen, RCDS und LUST getragene AStA alle seine Macht-

möglichkeiten, um die linke Opposition zu diffamieren und zu drangsalieren. Neben seitenlangen, eher lächerlich wirkenden Ergüssen in der *Rückmeldung* über die Gemeinheit und Boshaftigkeit von Alternativer Liste und Juso-Hochschulgruppe scheut der AStA auch nicht vor Klagen gegen Oppositionsmitglieder zurück: Die RedakteurInnen des AL-Sozialinfos, Mireilla Häuser und André Möller, wurden vom AStA wegen angeblicher Verletzung von Urheberrechten verklagt.

Studentische Gelder zu verwalten, verleiht dem derzeitigen AStA offensichtlich ein befriedigendes arrogantes Machtgefühl. Das lässt er nicht nur die Opposition

spüren.

Auch in den eigenen Reihen scheint Mobbing an der Tagesordnung zu sein. Seit dem Amtsantritt des AStA im Juni letzten Jahres gaben die Bildungspolitikreferentin, Sozialreferentin und Öffentlichkeitsreferentin sowie der Finanzreferent ihre Ämter auf. Von der Ökologie-

referentin und einigen anderen ProjektleiterInnen war schon länger nichts mehr zu hören. Mitte Mai hat schließlich auch der Öffentlichkeitsreferent Florian Schmitz vom RCDS das Handtuch geworfen.

Markus Struben

Auf die Straße!

Für ein gebührenfreies Studium

Die Auseinandersetzung um Studiengebühren geht in eine entscheidende Phase! Überall wird zur Zeit diskutiert – im Bundestag, in den Ländern, bei den HochschulrektorInnen ... In den nächsten Monaten entscheidet sich, wohin die Reise geht.

Die StudentInnen haben schon oft zum Ausdruck gebracht, dass sie Gebühren ablehnen. Einfach »dagegen sein« reicht jedoch nicht mehr – jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, diese Auffassung auch auf die Straße zu tragen! Darum ruft das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) für Mittwoch, den 7. Juni, bundesweit zu Demonstrationen auf – in Berlin, der Bundeshauptstadt; in Köln, der größten Hochschulstadt im Bundesland mit der höchsten Hochschuldichte; in Stuttgart, der Hauptstadt des Gebührenvorreiterlandes Baden-Württemberg.

Wir werden den PolitikerInnen auf die Finger klopfen! Fast alle sprechen sie von Gebührenfreiheit – und schieben im Nebensatz Unmengen von Fällen nach, bei denen dann doch kassiert werden soll.

Eins ist klar: Wer einmal mit Gebühren für eine noch so kleine Gruppe von StudentInnen anfängt, wird irgendwann bei allgemeinen Gebühren landen. Darum rufen wir auf zu einer Demonstration für Studiengebührenfreiheit ohne Wenn und Aber!

7. Juni, Neumarkt, 13 Uhr

Bundesweite Demonstration für ein gebührenfreies Studium

Am 6. Februar 2000 wurde der Streik der StudentInnen an der *Universidad Nacional Autonoma de Mexico* (UNAM) gewaltsam von der Polizei beendet. Eine Sitzung des Allgemeinen Streikrats (CGH) wurde gestürmt und die etwa 1000 TeilnehmerInnen verhaftet. Dabei reichen die erhobenen Vorwürfe gegen die Inhaftierten von einfacher Sachbeschädigung bis hin zu Terrorismus. Aber auch nach diesem brutalen Vorgehen der Polizei gingen die Proteste weiter. So kam es nur wenige Tage später zu einer Demonstration, an der etwa

Prozent der Menschen in Mexiko steht sogar weniger als ein Dollar pro Tag zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund verstanden die StudentInnen an der UNAM die geplante Einführung von Studiengebühren als Teil eines Pakets von Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich, die der mexikanischen Bundesregierung vom Internationalen Währungsfond (IWF) auferlegt worden waren. So hieß es in einer Erklärung des Streikrats, dass die Regierung die wichtigsten sozialen Rechte für die mexikanische Bevölkerung in den letzten

wusst angezettelten Eskalationen im Rahmen studentischer Demonstrationen führten zu teilweise gewalttätigen Zusammenstößen der Streikenden mit der Polizei, bei denen einige StudentInnen schwer verletzt wurden. Im August 1999 griffen angeworbene Schlägertrupps die BesetzerInnen einer Fakultät an.

Trotz all dieser Maßnahmen gelang es den Streikenden und dem CGH, sich gegen dieses gewalttätige Vorgehen und den zunehmenden Druck in der Öffentlichkeit zu behaupten. Die Streikenden begnügten sich nun jedoch nicht mehr mit der in Aussicht gestellten Rücknahme der Studiengebührenverordnung, sondern verlangten eine grundlegende Reform der Hochschulstruktur. In einem 6-Punkte-Papier wird unter anderem die Aufhebung der Studienreform von 1997, die Demokratisierung der Hochschule, die Beseitigung des an der UNAM geschaffenen Polizeiapparates, sowie die Rücknahme der Sanktionen gegen StreikaktivistInnen und die Vernichtung der angelegten Akten gefordert.

Ludger von Laar

Streik in Mexiko

VertreterInnen in Deutschland

150 000 Menschen teilnahmen, auf der erfolgreich die Freilassung der Inhaftierten gefordert wurde. Noch immer sind acht Personen inhaftiert. Zudem sollen noch Haftbefehle gegen weitere Personen vorliegen. Trotzdem soll der Streik fortgesetzt werden und insbesondere im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen am 2. Juli 2000 einen neuen Höhepunkt erreichen.

Auslöser für den Streik im April 1999 war die Ankündigung des Rektors der UNAM, Francisco Barnes, Studiengebühren in Höhe von etwa 400 Mark einzuführen. Bereits vor der Einführung von Studiengebühren war der Zugang zur UNAM eingeschränkt worden. So wurden beispielsweise in einer Studienreform 1997 eine Höchststudiendauer und Zugangsbeschränkungen beschlossen.

Diese so genannte Studienreform hatte einen starken Rückgang der StudentInnenzahlen zur Folge: Im Vergleich zu 1986 waren im Jahre 1999 124 000 StudentInnen weniger an der UNAM eingeschrieben. Mit der Einführung von Studiengebühren wäre einem großen Teil der mexikanischen Bevölkerung der Zugang zum Hochschulstudium verwehrt worden. Nach Angaben der Weltbank beziehen 40 Prozent der mexikanischen Bevölkerung ein Einkommen von unter zwei Dollar pro Tag. 15

Jahren aufgegeben habe. Daher schlossen die Streikenden an der UNAM ein Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Interessengruppen, um ihren gemeinsamen Forderungen stärkeres Gewicht zu verleihen. An einer der ersten Demonstrationen nahmen über 100 000 Menschen teil, unter ihnen StudentInnen und DozentInnen der UNAM, SchülerInnen, Eltern, Gewerkschaften, ArbeiterInnen, Arbeitslose, AktivistInnen der zapatistischen Bewegung EZLN und mehrere unabhängige Organisationen.

Die mexikanische Regierung ging gewaltsam gegen diesen breiten Protest vor. So kam es im Laufe des Streiks zu zahlreichen Entführungen und körperlichen und psychischen Misshandlungen. Gegen Familienmitglieder von StreikaktivistInnen wurden Morddrohungen ausgesprochen. Zudem wurden so genannte Porros, verdeckte ErmittlerInnen der Regierung, auf dem Gelände der Universität eingesetzt. Zur Überwachung wurden auf dem Campus Videokameras installiert. Darüber hinaus wurden Akten über einzelne StreikaktivistInnen angelegt.

Durch den gezielten Einsatz von ProvokateurInnen wurde versucht, die StreikaktivistInnen in der Öffentlichkeit als gewalttätige und unberechenbare Gruppierung darzustellen. Die von der Polizei be-



AL-Web-Tipps:

www.antimilitarismus.de

Die Web-Site zu Krieg und Frieden, Ökonomie und Politik

www.bilpol.de

Eine bildungspolitische Linksammlung

www.studis.de/abs

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS)

www.uni-koeln.de/studenten/al

Die AL im Web

Veranstaltungen:

6. Juni, 19.30 Uhr, British Council, Hahnenstr. 6

Diskussionsveranstaltung mit den Gästen aus Mexiko

7. Juni, 13 Uhr, Neumarkt

Rede der mexikanischen StreikaktivistInnen auf der bundesweiten Demonstration für ein gebührenfreies Studium

7. Juni 21 Uhr, Unikum, Universitätsstr. 16

Solidaritätsparty zugunsten der StudentInnen der UNAM

Weitere Informationen zum Streik in Mexiko gibt es im Internet:

<<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/aktuell/unam/index.html>>

Gegen Streichungen

Proteste gegen den Besuch des Expertenrats

Am 27. April 2000 fand an der Universität Köln eine Kundgebung gegen die Streichung von 2000 Stellen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen im Rahmen des Qualitätspaktes statt. Etwa 90 engagierte StudentInnen protestierten auf dem Albertus-Magnus-Platz gegen den Besuch des so genannten Expertenrats, der das Ministerium bei den geplanten Stellenstreichungen beraten soll.

Die Kundgebung, zu der ein uniweiter Arbeitskreis aufgerufen hatte, wurde außer von der Alternativen Liste und anderen politischen Gruppen auch von der Uniweiten Fachschafftenkonferenz (Uni-FSK), der Fachschafftenkonferenz der Philosophischen Fakultät, den ASten von PH und AfH und vielen Fachschafften unterstützt. Der Qualitätspakt, dessen Konzept mit den neoliberalen Vorstellungen des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) der Bertelsmann-Stiftung übereinstimmt, wurde bereits 1999 von den Hochschulen unterzeichnet. In Strukturplänen hatten die Universitäten Vorschläge zur Stellenstreichung umgesetzt, die insbesondere ökonomisch nicht optimal verwertbare Bereiche betrafen. Die Strukturpläne wurden dem Expertenrat vorgelegt, der sich am 27. und 28. April nach eigenen Angaben »ein Bild

von der Uni Köln« machen wollte, um das Ministerium bei seiner »Reform« zu beraten.

RednerInnen von Fachschafften und den beteiligten politischen Gruppen, wie Sarah Berg und Ute Böhm vom PH-AStA und Florian Kappeler von der Fachschaft Philosophie, sprachen sich gegen das Stellenstreichungsprogramm und die damit wahrscheinlich verbundene selektive Reduktion der StudentInnenzahlen aus. Statt einer Ausrichtung des Studiums nach marktwirtschaftlichen Kriterien forderten sie den Ausbau des Bildungs- und Sozialsystems und den freien Zugang zur Bildung für alle Menschen.

Markus Struben von der Alternativen Liste griff die aktuelle Sparpolitik an: Diese betreffe nicht nur die Universität, so Struben. Vielmehr finde in der gesamten Gesellschaft eine immer stärkere Umverteilung von unten nach oben statt. Deshalb sei es wichtig, sich dagegen auch an der Universität dauerhaft politisch zu organisieren. Als Beispiel nannte er die Mitarbeit in Fachschafften.

Von mehreren RednerInnen wurde der von den Unabhängigen, dem RCDS und der so genannten FachschaffterInnenliste LUST getragene rechte AStA der Kölner Universität scharf kriti-

siert. Der AStA hatte konstruktive Gespräche mit dem »Expertenrat« gefordert und in der AStA-Zeitung *Rückmeldung* eigene Vorschläge für Stellenstreichungen vorgelegt.

Nach Abschluss der Kundgebung kam es zu einer Protestaktion vor dem Neuen Senatssaal, in dem sich der Expertenrat mit den Spitzen der Universität traf. Die studentischen VertreterInnen von Philosophischer Fakultät, PH und AfH hatten dort eine gemeinsame Stellungnahme vorgetragen. Ein Gespräch mit dem undemokratischen verlängerten Arm des Ministeriums hatten die studentischen Vertretungen dieser Fakultäten verweigert, um die Ablehnung des gesamten Stellenstreichungsprogramms zu demonstrieren, statt sie mit studentischem Segen zu versehen. Die Protestaktionen vor der Tür des Senatssaals waren für die über die künftigen Studienbedingungen entscheidenden »Experten« unüberhörbar.

Während der Aktion kam es zu einem Gespräch der Protestierenden mit Rektor und Prorektor, das grundlegende Differenzen zwischen Universitätsleitung und StudentInnen zeigte. »Wir wollen im Grunde erreichen, dass uns Empfehlungen gegeben werden, die unsere Universität optimieren«, redete der Rektor der Universität Jens Peter Meincke die Stellenstreichungen schön. Die StudentInnen forderten Meincke dagegen auf, sich mit ihnen gegen die Landesregierung zu solidarisieren, anstatt mit der Landesregierung gegen die StudentInnen Politik zu machen – doch damit stießen sie bei Meincke auf taube Ohren.

Raphaela Häuser

Haushalt überzogen

Finanzreferent schon wieder zu spät

Für die Publikation ihres Sozialinfos hat der AStA den Haushaltstitel »Publikationen« um ein Vielfaches des ihm zustehenden Etats überzogen. Erst nach Erscheinen der Broschüre wandte sich der Finanzreferent des AStA, Kai Seifert, zwecks nachträglicher Genehmigung an den Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA), Jakob Rosenbohm.

Der HFA lehnte jedoch am Montag, den 8. Mai 2000, die nachträgliche Genehmigung des überzogenen Haushaltstitels ab. »Selbstverständlich hätten wir diese Überziehung im Vorfeld genehmigt«, so HFA-Mitglied Volker Elste, »doch den Ausschuss vor vollendete Tatsachen zu stellen, verstößt gegen jede demokratische Spielregel.« Außerdem solle besonders ein AStA, der mit Klagen gegen andere nicht zögerlich ist, um die korrekte Verwendung studentischer Sozialbeiträge für die Finanzierung seiner Publikationen bemüht sein, so Elste.

Der AStA hatte sich seit seinem Amtsantritt zunächst nicht in der Lage gesehen, ein Sozialinfo herauszugeben. Statt dessen hat die Alternativen Liste (AL) im November 1999 eine Sozialinformationsbroschüre unter dem Titel »Kompendium zu Fragen studentischer Lebenshaltung« herausgegeben. Daraufhin leitete der AStA rechtliche Schritte gegen die Redaktion ein.

Die AStA-Anwälte behaupteten in ihrem Schreiben, der AStA besäße die Urheberrechte an den von der AL in der Informationsbroschüre publizierten Texten. Am 30. März dieses Jahres folgte die Klage vor dem Landgericht Köln. Der Streitwert beträgt 50 000 Mark. Bei Zuwiderhandlungen werden den beiden RedakteurInnen Strafen von bis zu 500 000 Mark, oder ersatzweise Freiheitsstrafen von bis zu sechs Monaten angedroht.

Anfang April brachte der AStA selbst ein Sozialinfo heraus. Dieses besteht hauptsächlich aus Texten, die André Möller (AL) und Britt Schülke (Rosa Liste) im Jahre 1998 veröffentlicht hatten. Änderungen wurden fast keine gemacht – außer, dass »StudentInnen« konsequent durch »Studierende« ersetzt wurde und unter anderem der Teil zum BAföG gestrichen wurde. Die siebenköpfige Redaktion war demnach fast ein Jahr damit beschäftigt, aus den Texten die weiblichen Formen zu tilgen und wichtige Kapitel zu streichen.

Aus studentischen Semesterbeiträgen finanziert der AStA zivilrechtliche Schritte gegen Mitglieder der AL. Die Mitglieder von Unabhängigen, LUST und RCDS schaffen es gerade einmal, die Texte anderer abzuschreiben, halten es aber nicht für nötig, die Gelder hierfür ordnungsgemäß zu beantragen.

Markus Struben

AL-Plenum:

Dienstags,
20 Uhr,
Raum C
Universitätsstr. 16a,
1. Etage

Impressum

Das AL-Info wird herausgegeben von der Alternativen Liste Uni Köln.

Redaktion: Dirk Eckert (V.i.S.d.P.), Volker Elste, Patrick Hagen, Raphaela Häuser, Ludger von Laar, Markus Struben

Layout: Volker Elste, Patrick Hagen

Postadresse:

Alternative Liste Uni Köln
c/o AStA PH Köln
Gronewaldstr. 2
50931 Köln

Hotline:

0177-2006344 (Dieter)

Email:

ars10@uni-koeln.de

Dokumentation:

Initiative gegen Körperwelten

Seit nunmehr über zehn Jahren stellt die Ausstellung »Körperwelten« in Plastik präparierte Leichen zur Schau. Es handelt sich bei dieser seit Mitte Februar in Köln gezeigten Show von angeblich in »ästhetischen Posen« ausgestellten toten Menschen um Leichenfledderei aus kommerzieller Absicht.

Auf Einladung der »Initiative gegen Körperwelten«, die seit Beginn der Ausstellung in Köln Öffentlichkeitsarbeit gegen diese Bioethik-Werbeveranstaltung gemacht hat, hatten sich am 4. Mai eine Reihe von KritikerInnen getroffen. Ein Ergebnis ihrer Überlegungen ist dieses Anschreiben, mit

schaustellung von verzerrten Präparaten lernt keineR, die Zusammenhänge von menschlicher Anatomie zu verstehen. Von Hagens behauptet zudem, die ausgestellten Menschen hätten zu ihren Lebzeiten ihren Körper freiwillig zur Verfügung gestellt. Tatsächlich weigert er sich aber, die genaue Herkunft der Leichen (u. a. aus der VR China importiert bzw. als sogenannte »herrenlose Leichen« von Sozialämtern an von Hagens übergeben) nachzuweisen.

Die Ausstellung »Körperwelten« ist ein weiterer Schritt hin zur schrankenlosen Verwertung des menschlichen Körpers. Wir lehnen »Leichenfledderei



dem auf das Vorhaben hingewiesen wird, (vorausichtlich) am 2. Juli eine öffentliche Kundgebung auf dem Heumarkt durchzuführen.

Warum wir die Körperwelten ablehnen:

Der Hersteller und Besitzer der Ausstellung, der medizinische Kleinunternehmer von Hagens, will hemmungslos mit den von ihm zu einem »neuen Material« erklärten toten Menschen experimentieren können. »Körperwelten« ist ein Türöffner für Euthanasie und Eugenik; was heute mit Leichen möglich und akzeptiert ist, soll demnächst auch mit lebenden Menschen gemacht werden können: die Bereitstellung von menschlichen Körperteilen und Genen für die Verwertung in der Chemie-, Pharma- und Medizinindustrie. Von Hagens verbreitet die dazu nötige instrumentelle Ethik und Selbstwahrnehmung (»Ich bin ein Ersatzteillager«). »Körperwelten« polemisiert gegen den »Widerstand gegen die (...) Anerkennung des Hirntods als Lebensende« und gegen die »Zustimmungsverweigerungen zu pathologischen Sektionen« und die »Gewebeentnahme zur Verarbeitung von Arzneimitteln (zum Beispiel Hirnhäute)« (Selbstdarstellung des »Instituts für Plastination«).

Kurz: Es geht um mehr Akzeptanz von »Sterbehilfe« gegen den Willen von kranken Menschen, um die Diskussion über »lebenswertes«, »nützliches« und »unwertes« Leben, um die Erniedrigung des Menschen zur Biomasse und zum ausbeutbaren Rohstoff.

Die Schutzbehauptung von von Hagens, dass die Ausstellung der medizinischen Aufklärung diene, ist nicht stichhaltig. Denn durch die bloße Zur-

rei und Showgeschäft im Gruselkabinett« (Günter Wallraff) ab. Obwohl die Ratsparteien, das städtische Wirtschaftsamt und die lokalen Medien eine massive Werbung für das Geschäft von von Hagens betrieben haben, ist die Ausstellung in Köln umstrittener denn je. Allerdings fand die Kritik neben einigen kleineren Aktionen am Zelt selbst bisher hauptsächlich in Diskussionsveranstaltungen statt. Wir schlagen vor, den Protest gegen die Bioethik-Ausstellung durch eine Kundgebung auf die Straße zu tragen,

- * um die grundsätzliche Ablehnung der Leichenshow aus verschiedenen Blickwinkeln deutlich zu machen,

- * um den verbreiteten Unmut gemeinsam auszudrücken und öffentlich wahrnehmbar zu machen,

- * um ähnliche Vorhaben in Köln, die für die »bioethisch« begründete Abwertung des Menschen werben, zukünftig zu erschweren,

- * um von Hagens für die geplante Fortsetzung seiner Ausstellung an anderen Orten möglichst viele Steine in den Weg zu legen.

Wir laden euch/Sie zu einem Vorbereitungstreffen zur Organisation einer Kundgebung (und eventueller Demonstration) am Heumarkt ein. Terminvorschlag für die Aktion ist der 2. Juli (Sonntag). Das Vorbereitungstreffen findet statt am 9. Juni (Freitag), 18 Uhr in der BAF (Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr./Nähe Ebertplatz), Raum 5, ein Nachfolgetreffen am 23. Juni, 18 Uhr, BAF, Raum 5.

Für Rückfragen: AStA PH oder 0177/2006344

Kampagne gegen Nazi-Musik

Rechtsradikale Aktivitäten und rassistische Übergriffe sind hierzulande an der Tagesordnung. Europaweit verzeichnen rechtsradikale Parteien auch auf parlamentarischer Ebene Erfolge. Schützenhilfe, vor allem in rassistischer Hetze, bekommen sie dabei aus dem konservativen Spektrum, dessen Parolen sie teilweise einfach übernehmen können. So wurde »Kinder statt Inder« vom CDU- zum Republikaner-Slogan.

Immer bedeutsamer wurde in der letzten Zeit auch die Nazi-Musik-Szene. Konzerte von Bands mit eindeutig rechtsradikaler Aussage finden in Deutschland regelmäßig bis zu 2000 vornehmlich männliche Besucher. Musik ist bestens geeignet, um faschistische Inhalte zu transportieren. Die CDs werden zum Teil in hoher Auflage verkauft und sind problemlos über Versand zu erhalten. So können viele junge Leute erreicht und neue SympathisantenInnen gewonnen werden. Längst hat rechte Musik verschiedene Genres erobert und findet unter anderem im *Black-Metal*- und *Dark-Wave*-Spektrum Beachtung. Gleichzeitig ist die musikalische Betätigung aber auch ein riesiges Geschäft. Mit dem Verkauf von Merchandising-Produkten und CDs werden hohe Gewinne erzielt. Diese wiederum bilden das finanzielle Polster für politische Aktivitäten.

Auch Köln spielt bei diesen Aktivitäten eine große Rolle. So sind im Raum Köln nicht nur Nazi-Bands aktiv, es gibt auch eine Reihe von Musikversandhäusern. Einer der europaweit größten Vertriebe ist *Rock-o-Rama* in Köln-Braunsfeld. Er wird von dem Brühler Herbert Egoldt geleitet. Weitere Beispiele sind der *Alternativ CD-Vertrieb* im Kölner Süden, geleitet von Wolfgang Missale, der *Midgard-Versand* in Köln-Kalk von Ingo Halberstadt (alias Rene Heizer) oder der Versand des Sülzer Neonazis Manfred Rouhs, der Bücher und CDs unter dem Label *Signal/Europa Vorn* auch übers Internet vertreibt.

Um den Nazis etwas entgegen zu setzen, startete daher die Antifa K eine Kampagne unter dem Motto: »Weg mit dem rechten Sound-Dreck!«. Mit mehreren Veranstaltungen soll die linke Kultur gestärkt und sowohl Menschen informiert, als auch zum Mitmachen bei antifaschistischen Aktionen angeregt werden.

Termine zur Kampagne:

7. Juni, Alte Feuerwache, 19.30 Uhr

Rechte Tendenzen in der Dark-Wave - Szene

9. Juni, Bürgerhaus Stollwerk, Dreikönigenstr. 23
Große Party zur Kampagne

21. Juni, Alte Feuerwache, 19.30 Uhr

Black Metal – Eine Szene auf dem Weg nach rechts

23. Juni, Kulturbunker, Berliner Str. 20, 20 Uhr

Konzert mit DEMENTIA + special guest

24. Juni, Aachener Str./Maarweg, 13 Uhr

Demonstration gegen Rock-o-Rama – Europas größten Nazi-Versand